

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 23. Juni 2008, 18.30 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 24 und 25 vom 12. und 19. Juni 2008 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Rauch Wilhelm
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea (ab Traktandum 8)
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Bär Walter, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter (ab Traktandum 8), Buser Madeleine, Caesar Priska, Dätwyler Käthy (ab Traktandum 8), Eberhard Werner (ab Traktandum 8), Friedli Daniel, Gfeller Andrea, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter (ab Traktandum 8), Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jost Christine, Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Lerch Sabine, Mumenthaler Regina (ab Traktandum 8), Muster Adrian, Probst Andrea, Rappa Francesco, Rascher Barbara, Reusser Gabriele (ab Traktandum 8), Ritter Michael, Rutschmann Gabriela (ab Traktandum 8), Schächli Evelyne, Schwertfeger Doris, Wenger Peter und Wyss Christoph
Entschuldigt	Herren Dubach Roland, Jakob Beat-U., Leibundgut Remo und Penner Nadaw
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Haldimann Franz, Kolb Martin (ab Traktandum 6), Kummer Hugo, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion Herr Steiner Ueli, Leiter Baudirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. Mai 2008	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	4
4. Volksschulkommission; Ersatzwahl	Seite	4
5. Konzept Neues Pro Burgdorf	Seite	4
6. Regionales Eissportzentrum „Emme“; Projektierungskredit	Seite	7
7. Nachkredite zum Jahresabschluss 2007 gemäss Art. 11 NPM-Reglement	Seite	10
8. Geschäftsbericht 2007; Beratung und Genehmigung	Seite	10
9. Ernennung einer Revisionsstelle für 2 Jahre	Seite	14
10. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	Seite	14
11. Auftrag SP Fraktion betreffend „Reorganisation des Gemeinderates“	Seite	16
12. Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze	Seite	16
13. Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Konzept Anreiz zur Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze	Seite	17
14. Postulat der FDP-JF-Fraktion betreffend Überprüfung der Einführung einer städtischen „Schuldenbremse“	Seite	17
15. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	18

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Rosser Bruno durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 28 Mitgliedern des Stadtrates. Stadträtinnen Dätwyler Käthy, Mumenthaler Regina, Reusser Gabriele, Rüfenacht Andrea und Rutschmann Gabriela sowie Stadträte Biedermann Peter, Eberhard Werner und Haller Dieter treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm gibt bekannt, dass der Auftrag der SP Fraktion betreffend „Reorganisation des Gemeinderates“ zurückgezogen wird. Zudem informiert er über das kurzfristig eingetrafene neue Traktandum 4 *Volksschulkommission; Ersatzwahl*. Die korrigierte Traktandenliste liegt dem Stadtrat (SR) vor.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth bittet den SR, die zwei wichtigen Geschäfte *Konzept Neues Pro Burgdorf* und *Regionales Eissportzentrum „Emme“; Projektierungskredit* erst zu behandeln, wenn die Mitglieder der SP vollzählig anwesend sind.

Der Stadtrat genehmigt die Änderungen der Traktandenliste.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. Mai 2008

Stadtrat Ingold Rolf hat zwei Anmerkungen zum Protokoll bzw. zum Traktandum 5 betreffend Gsteighof. Bei den Beschlussanträgen zum Punkt 4 auf der Seite 7 teilt er mit, dass die Sportkommission an ihrer Sitzung vom 27. Mai 2008 das Projekt zusammen mit dem Projektleiter Spart Alain, Baudirektion, behandelt hat und grundsätzlich grünes Licht gegeben hat. Herr Schwärzel Thomas, Lehrer Gsteighof und Mitglied der Sportkommission, ist ab sofort von Seite der Sportkommission bei diesem Projekt in Detailfragen integriert. Die Befürchtungen, dass es zu zeitlichen Verzögerungen führen könnte, ist unbegründet. Im weiteren stellt Stadtrat Ingold Rolf fest, dass gemäss Aussagen auf der Seite 5 und 7 Herr Schwärzel Thomas als Mitglied der Sportkommission diese auch hätte informieren sollen. Gemäss Aussage von Herr Schwärzel Thomas wurde das Projekt nicht in enger Zusammenarbeit mit ihm ausgearbeitet. Herr Schwärzel Thomas hat sich erstmalig bei einer Besichtigung vor Ort, als bereits alles ausgearbeitet worden war, selber eingeladen. Herr Schwärzel Thomas wurde vorher nie beim Projekt begrüsst und konnte demzufolge die Sportkommission nicht informieren. Innerhalb der Sportkommission wurde festgestellt, dass einer der grössten Nutzer der Anlage, das Gymnasium Burgdorf, zum Beispiel mit Herrn Roos Armin als Mitglied der Sportkommission, bei der Planung der Sanierung nicht eingeladen wurde.

Stadträtin Reusser Gabriele teilt mit, dass auf der Seite 12 bei ihrem Votum der Satz „Der Präsident wohnt im neuen und nicht im alten Teil des Meienfelds“ folgendermassen korrigiert werden muss „Der Präsident wohnt im alten und nicht im neuen Teil des Meienfelds“.

Das Original-Protokoll wird entsprechend geändert.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 26. Mai 2008.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Frau Kalbermatten Susanne als neues Mitglied im SR.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Kolb Martin informiert über das Krematorium Burgdorf sowie das Angebotskonzept 2010 bis 2013 der Busbetriebe in Burgdorf. Beim Krematorium Burgdorf läuft die Betriebsbewilligung im 2010 aus. Die Reinhaltverordnung entspricht nicht mehr den heutigen Vorschriften. Beim Kanton wurde die Verlängerung bis 2015 beantragt. Der Gemeinderat (GR) wird im Frühling 2009 entscheiden, ob die Stadt Burgdorf in Zukunft das Krematorium weiter betreiben will. Diverse andere Städte stehen vor dem gleichen Problem. Beim Angebotskonzept 2010 bis 2013 der Busbetriebe in Burgdorf konnten drei wesentliche Verbesserungen beantragt werden. Einerseits geht es um die Linie Burgdorf-Steinhof-Burgdorf. Dabei geht es um die Erhöhung der Angebotsstufe von drei auf vier, das heisst die Verbindungen nach 20.00 Uhr sowie das Sonntagsangebot einzuführen. Die zweite Linie betrifft Burgdorf-Geissrüti. Dabei geht es darum, den 30-Minuten Takt aufzunehmen. Die dritte Linie betrifft Gyrischachen-Burgdorf-Bahnhof-Meienfeld. Dabei geht es ebenfalls darum die Erhöhung des Angebots zu prüfen sowie um die Einführung des 15-Minuten Taktes von Montag bis Samstag zu den Hauptverkehrszeiten. Das Anliegen geht nun zum Kanton und der Grossrat wird über diese Verbesserungen entscheiden.

4. Volksschulkommission; Ersatzwahl

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat wählt Herr Zwahlen Michel, Kaufm. Angestellter, Hofgutweg 4, Burgdorf, SVP, als Mitglied der Volksschulkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Zwahlen Michel in die Volksschulkommission.

5. Konzept Neues Pro Burgdorf (wurde nach Traktandum 9 behandelt)

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz informiert, dass es sich um eine gute und sorgfältig ausgearbeitete Vorlage handelt. Das Motto lautet: Neues „Feuer“ für Burgdorf entfachen! An diesem Konzept wird bereits seit einem halben Jahr in Zusammenarbeit mit Frau Dätwyler Käthy und Herren Kurth Heinz und Kunz Koni gearbeitet. Man hat versucht, einen Kompromiss und eine gute Lösung zu finden. Der Dank gilt Stadtschreiber Schenk Roman für seine Zusammenfassung der nicht immer einfachen Diskussionen. Nachfolgend einige wichtige Feststellungen, was die die Zukunft von Pro Burgdorf angeht. Pro Burgdorf braucht dringend Unterstützung und Hilfe, weil ohne positive Kenntnisnahme zu diesem Bericht wird Pro Burgdorf nicht weiter existieren. Der GR und die gesamte Verwaltung haben bei ablehnender Haltung überhaupt nichts mehr in den Händen, um den dringenden Neustart von Pro Burgdorf unterstützen zu können. Die Stadt Burgdorf kann und darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Die private Trägerschaft muss jetzt unterstützt werden. Der GR hat bereits mit einer bekannten und kompetenten Person aus Burgdorf das Gespräch gesucht und steht in ernsthaften Verhandlungen um das Präsidium des neuen Pro Burgdorf zu übernehmen. Deshalb braucht es heute vom SR ein positives Signal. Wenn die Stadt Burgdorf mit diesen Strukturen und diesem Konsens für das Stadtmarketing nicht zum Ziel gelangen, wird Burgdorf im Benchmark mit anderen gleich grossen Städten über Jahre zurück geworfen. Die Städte Thun und Solothurn haben gute Erfahrungen gemacht mit ähnlichen Organisationen und klarer Aufteilung der vielen Schnittstellen und Verantwortlichkeiten. Der GR hat das Gefühl, dass eine gute Lösung gefunden wurde. Aus diesem Grund müssen die Aufgaben und Finanzen des Innenstadtmarketing und Stadtmarketing klar aufgeteilt werden. Dies hat klare Konsequenzen für die Schnittstelle und trägt zur Kostentransparenz und klarer Verantwortlichkeit bei. Es ist wichtig, dass klar festgehalten wird, wer für was verantwortlich ist. Man will in Burgdorf nicht das Rad neu erfinden. Der GR ist überzeugt, dass das vorliegende Konzept Erfolg versprechend ist. Der SR wird gebeten, das Konzept zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Der GR ist der Meinung, dass Stillstand Rückschritt bedeutet.

Stadträtin Reusser Gabriele, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass das neue Konzept von Pro Burgdorf kritisch und lange diskutiert wurde. In der heutigen Zeit, wo um Burgdorf herum grosse Einkaufszentren wie Pilze aus dem Boden schießen und in der Altstadt das „Lädelisterben“ grassiert, braucht es einen gut organisierten Gewerbe- und Detailhandelsverein. Nur so ist ein gemeinsames und starkes Auftreten möglich. Dass es sich um ein Bedürfnis handelt, sieht man an den verschiedenen Gruppierungen von Läden, welche sich in den letzten Jahren gebildet haben. Das neue Pro Burgdorf soll als Anlaufstelle Klarheit schaffen. Für eine gute Wohn- und Lebensqualität braucht es das Gewerbe, den Detailhandel und Dienstleistungsbetriebe, auch in der Innenstadt, damit das Arbeiten und Einkaufen möglich ist. Die SP-Fraktion hat sich ebenfalls gefragt, ob es für eine Stadt wie Burgdorf nicht übertrieben ist auch noch ein Innenstadtmarketing zu haben. Die Notwendigkeit des Innenstadtmarketings ist da, weil das Stadtmarketing nicht genug Kapazitäten zur Verfügung hat, um sich intensiv dem dringenden und wichtigen Thema Innenstadt befassen zu können. Positiv am neuen Konzept ist die Geschäftsstelle im Büro der Emmental Tours AG. Eine Anlaufstelle mit grosser zeitlicher Präsenz kann angeboten werden. Es ist nicht im Sinn der SP-Fraktion, mit diesem Konzept eine Bürokratie entstehen zu lassen, wo sich mit der Planung von längerfristigen, wirkungslosen und teuren Projekten befasst. Die SP-Fraktion erhofft sich von der Geschäftsstelle, ein rasches greifbares Umsetzen der kurz- und mittelfristigen Projekte. Dies erfordert von der neuen Geschäftsführerin und dem neuen Präsidenten viel Herzblut, Engagement und Ausdauer. Dies ist wichtig, um das verlorene Vertrauen der Detailhändler zurückzugewinnen und neue Mitglieder und Sponsoren zu motivieren. Das Konzept ist stark von der personellen Besetzung des Präsidiums und der Geschäftsstelle abhängig. Ein gewisses Misstrauen dem neuen Konzept gegenüber ist bekannt. Vorbehalte und Unzufriedenheit gegenüber dem Stadtmarketing sind dieser Sache aber nicht dienlich. Der SR wird gebeten, dem neuen Konzept, dem neuen Vorstand und einer engagierten Geschäftsstelle eine Chance zu geben. Die Innenstadt und vor allem die Oberstadt sind für die Burgdorferinnen und Burgdorfer ein wichtiges Anliegen. Das Gewerbe und die Dienstleistungsbetriebe werden gebeten, dem neuen Konzept eine Chance zu geben. Die SP-Fraktion nimmt das neue Konzept Pro Burgdorf einstimmig zur Kenntnis.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, stellt den Antrag, das Konzept ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, mit diesem Antrag die Ruhe ein bisschen zu stören. Das Konzept beinhaltet viele problematische Punkte und der eingeschlagene Weg führt nicht zum Ziel. Der Kern des Problems ist, dass versucht wird, das Innenstadtmarketing mit einem Verein zu lösen, welcher in einem bestimmten Sinn nicht für diese Aufgabe gemacht ist. Der Verein Pro Burgdorf ist eine Detaillistenvereinigung und der Versuch, den Verein umzubauen und zum Instrument zu machen für das Innenstadtmarketing, wird von der FDP-Fraktion mit grossem Misstrauen entgegen geschaut. Bei der Finanzierung muss der Verein nahezu ein Drittel der Kosten durch Mitgliederbeiträge oder anderweitig tragen. Der Antrag der FDP-Fraktion kommt einer Rückweisung gleich. Die FDP-Fraktion hat sich aber gegen eine Rückweisung entschieden, weil der GR das Geschäft dem SR freiwillig vorlegt. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit der ablehnenden Kenntnisnahme ihr Wille und Misstrauen am besten gerecht wird. Zudem sind weitere Vorbehalte vorhanden. Der vorgeschlagenen Zweiteilung schaut die FDP-Fraktion ebenfalls misstrauisch entgegen. Man muss sich bewusst sein, dass der Begriff Innenstadtmarketing sehr undefiniert ist. Man muss sich fragen, ob nicht eine Aufteilung gemacht wird, welche die Zeit nicht übersteht. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass mit der ablehnenden Kenntnisnahme die Arbeiten praktisch gestoppt werden und bereits etliche Zeit in das Projekt investiert wurde. Der SR wird gebeten, das Konzept ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Antrag FDP

Der Stadtrat nimmt das Konzept „Neues Pro Burgdorf“ ablehnend zur Kenntnis.

Stadträtin Lerch Sabine, amtierende Präsidentin Pro Burgdorf, teilt mit, dass sie sich bei diesem Geschäft bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird. Falls das Konzept vom SR zustimmend zur Kenntnis genommen wird, wird sie ihrer Pflicht zur Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung im Herbst nachkommen. Eine Prognose über den Ausgang der Statutenänderung wagt sie nicht und hofft, dass die Rechnung nicht ohne Wirt gemacht wurde. Der Wirt in diesem Fall sind die Mitglieder von Pro Burgdorf. Stadträtin Lerch Sabine kann Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz nicht beipflichten, dass es Pro Burgdorf nicht mehr geben wird, wenn das Konzept nicht zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Pro Burgdorf wird sicher weiterbestehen.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass keine einheitliche Haltung herrscht. Die Meinungen sind durchgezogen. Es gibt positive und negative Punkte. Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz hat gesagt, dass man das Rad nicht neu erfinden soll und deswegen hat man andere Städte besucht. Vielleicht sollte man den Namen neu erfinden. Pro Burgdorf ist für viele eine Detail-

listenvereinigung, welche im Interesse ihrer Geschäfte Aktionen durchführen. Ob es deshalb eine geeignete Nachfolgeorganisation ist, welche weitere Aufgaben übernehmen soll, ist fraglich. Stadträtin Mumenthaler Regina bemerkt als persönliche Meinung, dass sie dank den ungünstigen Öffnungszeiten bei Emmental Tours bereits einmal vor verschlossenen Türen stand. Im Interesse der Öffnungszeiten sollten diese für berufstätige Menschen entsprechend angepasst werden. Der Begriff „Marketing nach Innen“ stiftet offenbar Verwirrung. Der Begriff ist zwar in der Vorlage als Innenstadtmarketing erklärt, aber diese zwei Begriffe bedeuten nicht das gleiche. Die Haltung der GFL-Fraktion ist unterschiedlich und steht dem Konzept eher kritisch gegenüber.

Stadträtin Rascher Barbara, namens der SVP, orientiert, dass bereits viel gesagt wurde. Die SVP-Fraktion hat sich eingehend mit dem Geschäft auseinandergesetzt und ist der Ansicht, dass das Konzept noch zuwenig ausgereift ist. Zudem weist das Konzept noch einige Mängel auf. Die SVP-Fraktion wird das neue Konzept Pro Burgdorf zur Kenntnis nehmen, also weder wohlwollend noch ablehnend.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass das Label Pro Burgdorf durchaus so weitergeführt werden kann. Der Detailhandel und die Altstadt brauchen die städtische Unterstützung. Es geht aber um eine Finanzspritze von Fr. 80'000.--. Dies entspricht etwa 20% der Produktgruppe 11. Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass noch genauer hingeschaut werden muss. Zudem hegt die EVP-Fraktion betreffend Organigramm erhebliche Bedenken. Das Organigramm ist nicht allzu spezifisch auf die Pro Burgdorf Idee zugeschnitten. Es ist nicht sicher, ob das Vorhaben erfolgversprechend ist und Pro Burgdorf wieder an Fahrt gewinnt. Die EVP-Fraktion hat sich gefragt, ob die Geschäftsstelle von Pro Burgdorf nicht auch beim Stadtmarketing angesiedelt werden kann. Damit könnten auch Synergien genutzt werden. Die EVP-Fraktion sieht, dass die dringliche Unterstützung nötig ist. Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Konzept zustimmend zur Kenntnis genommen werden kann.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass sie für die Umsetzung des Konzeptes ist. Es ist komisch, denn der SR spricht von diesem Konzept als ob es ganz schräg in der Landschaft stehen würde. Das Konzept hat der SR bereits bei der Standortstrategie zur Kenntnis gehabt. Es war immer vorgesehen, dass auf der einen Seite ein Stadtmarketing und auf der anderen Seite ein privat aufgebautes Innenstadtmarketing organisiert wird. Bei der Standortstrategie wurde es als sinnvoll erachtet. Die klare Auslagerung der Aufgabe hat ihre Vorteile. Es ist eine klare Abgrenzung möglich. Der Organisation können klare Aufgaben zugeteilt werden. Zudem können die Aufgaben mit den Betroffenen selber angegangen werden. Die Interessen der Betroffenen können somit auch besser umgesetzt werden. Zudem kann dieses Modell mit Leistungsvereinbarungen bestens gesteuert werden. Es handelt sich um ein gutes Paket. Die Verantwortung wird nicht einfach an die Stadt abgegeben, sondern trägt diese zusammen mit dem Gewerbe und den Beteiligten. Solche Modelle werden doch gesucht. Die Statuten von Pro Burgdorf sind bekannt und dessen Mitglieder sind mit diesen vertraut, bisher hat jedoch an dieser ganzen Struktur die professionelle Geschäftsleitung gefehlt. Solche zusätzliche Aufgaben können nicht immer der Milizorganisation aufgebunden werden. Es muss im Interesse der Innenstadt gehandelt werden. Die Mitglieder sollen zahlen und auch mitdiskutieren können, aber es braucht auch einen Motor zur Umsetzung. Es handelt sich um eine grosse gemeinsame Vorarbeit und deshalb wäre es sinnvoller denn je, dass der SR das Konzept zustimmend zur Kenntnis nimmt. Was muss denn noch alles passieren, damit wir endlich aktiv werden um der Innenstadt den nötigen Support zu geben. Die Stadt Burgdorf will ein aktives und gepflegtes Zentrum vom Bahnhof bis in die Oberstadt sein, wo sich die Bevölkerung trifft und auch wohlfühlt. So etwas kommt nicht von selber, denn die Konkurrenz ist gross. Die Verantwortung des Gewerbes, aber auch jene der Stadt Burgdorf ist gefragt.

Stadtrat Baumann Walter möchte als Ausserhalb-Burgdorfer-Gewerbetreibender wissen, da einerseits von einem Marketing nach Innen und einem Innenstadtmarketing gesprochen wird, wo er dazugehört. Die Gewerbler in der Buchmatt sind links liegen geblieben und möchten nun wissen, wohin die Buchmatt gehört.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth teilt mit, dass die Buchmatt in das Wirtschaftsmarketing im Stadtmarketing gehört. Das Innenstadtmarketing beschränkt sich nur auf die klar definierte Schiene was in der Innenstadt umgesetzt werden soll. Das Gewerbe in der Buchmatt wird vom Stadtmarketing betreut und muss ihre Anliegen auch dort anbringen.

Der Stadtrat nimmt mit 16 zustimmenden und 6 ablehnenden Stimmen bei 14 Enthaltung das Konzept Neues Pro Burgdorf zur Kenntnis.

6. Regionales Eissportzentrum „Emme“; Projektierungskredit (wurde nach Traktandum 9 behandelt)

Stadtrat Ingold Rolf, namens der GPK, informiert, dass eine gute und ausgearbeitete Vorlage zur Eissportstätte Emme vorliegt. Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 5. Juni 2008 durch die Auskunftspersonen Dr. Haldimann Franz, Hofer Peter und Steiner Ueli über die Umstände, wie es zu dieser Vorlage gekommen ist und über Details, bestens Auskunft erhalten. Der SR hat bereits in diesem Jahr einem Landabtausch, speziell in Hinsicht auf die Eissportstätte Emme, zugestimmt. In der Vorlage sind die geschichtlichen Gründe erwähnt. Die kantonale Betriebsbewilligung für die bestehende Eisbahn ist alles andere als sicher. Mit der regionalen Eissportstätteplanung wurde bereits etwas lanciert. Man hat gesehen, dass es im Grossraum Burgdorf insgesamt acht neue Eissportfelder geben sollte, um die Nachfrage nach Eissportfläche abdecken zu können. Burgdorf war bei dieser regionalen Eissportstätteplanung zusammen mit Langnau dabei. Bei dieser Eissportstätteplanung hätte es jeweils eines in Langnau und in Burgdorf geben sollen. Der GR hat beschlossen, aus dieser regionalen Planung auszusteigen. Die GPK kann diesen Entschluss nur würdigen. Es war ein richtiger Entscheid, sich aus dieser regionalen Planung auszuklinken und den eigenen Weg einzuschlagen. Die Langnauer sind jetzt über Burgdorf enttäuscht. Wer aber die Zahlen in der Vorlage studiert hat, dem wird verdeutlicht, dass Langnau einiges grösser hätte werden sollen und die angestrebten 22 Mio. Franken bei weitem nicht gereicht hätten. Ende 2006 konnte die Standortfrage mit dem Löscherareal durchgeführt und erledigt werden. Im 2007 konnte die Stadt Burgdorf den Gesamtleistungswettbewerb durchführen. Die GPK möchte die sehr detaillierte Vorlage würdigen und begrüsst insbesondere, dass der GR die Karten offen auf den Tisch legt. An der heutigen Stadtratssitzung geht es aber nicht um die möglichen Einsparungen oder die Zusammenlegung der Betriebskosten. Es geht darum, den Projektierungskredit im SR zu behandeln. Der Projektierungskredit von Fr. 450'000.-- gemäss Antrag steht zur Diskussion. Der GPK ist bewusst, dass die Zahlen in der Vorlage für Investitionen wie auch für Betriebskosten erschreckend sind. Wenn wir keinen sofortigen Projektstopp und das Einstellen der heutigen KEB im Winter bewirken wollen, müssen wir den Projektierungskredit bewilligen. Das Projekt soll im Wissen, dass die Ausgangslage im Herbst anders aussieht, unterstützt werden damit dieses auch weitergeführt werden kann. Die geleistete Arbeit und das bereits ausgegebene Geld soll weiterhin gewürdigt werden. Im Herbst geht es dann um die definitiven Finanzinvestitionen. Im Herbst können die bereits gemachten Anstrengungen eventuell in den Sand gesetzt werden. Es ist aber für Burgdorf und die Aussengemeinden entscheidend, dass der SR heute Abend ein Signal setzt, damit die Suche nach Finanzen, insbesondere bei den Partnergemeinden, entgegen genommen werden können. Die Gemeinden sollen nicht unter Druck gesetzt werden, aber der SR soll ein positives Zeichen setzen. Die Arbeit der beiden Herren ist alles andere als einfach. Mit der heutigen Genehmigung ermöglicht der SR die Planungsarbeiten weiterzuführen. Die GPK beantragt dem SR einstimmig, die Anträge des GR zu genehmigen.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert, dass das Projekt „a.s.a.p“ das Beste und Kostengünstigste ist. Dieses wurde von einer Projektjury aus vier Projekten als Sieger erkoren. Die alte Eisbahn ist in einem maroden Zustand und muss ersetzt werden. Der Dank gilt den Herren Steiner Ueli und Hofer Peter sowie allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Die Vorlage wurde erst jetzt im SR traktandiert, weil man ehrliche, gute und abgesicherte Zahlen vorlegen wollte. Das Projekt kostet so viel, dass man nur Erfolg haben kann, wenn die nötige Transparenz vorhanden ist. Seit einem Jahr wurde an diesem Projekt gearbeitet und die vom Generalunternehmen vorgeschlagenen Kosten und Betriebskosten analysiert. Die genauen Zahlen sowie die ins Auge gefasste Sparmassnahmen sind in der guten Vorlage aufgeführt. In der Region ist eine neue Eisbahn unbedingt notwendig. Für die vielen Clubs ist dies existenziell. Die Stadt Burgdorf hat schon vor mehr als zwei Jahren beschlossen, dass die Eissportstätte nicht alleine gebaut und betrieben werden kann. Der GR hat dies festgelegt und wird daran auch festhalten. Wenn die 46 Gemeinden der Region nicht können und auch nicht mitmachen wollen, wird das Eissportzentrum nicht gebaut. Die Region Burgdorf hat die Forderungen des Kantons ernst genommen, ab Februar 2009 keine Eissportbetriebsbewilligung zu haben, wenn nicht nachgewiesen werden kann, wie viele Gemeinden mitmachen und wie das Projekt finanziert werden kann. Die Bürgergemeinde hat der Stadt Burgdorf schriftlich bestätigt, dass am alten Standort der Bürgerrechtsvertrag ab 2013 nicht mehr erneuert wird, weil andere Bauabsichten vorhanden sind. Folgende Gemeinden habe eine Absage erteilt: Affoltern, Bätterkinden, Büren zum Hof, Eriswil, Hasle, Rüegsau, Limpach, Mattstetten, Utzenstorf und Wyssachen. Es hat zwar etliche Gemeinden, welche einer Mitarbeit zugestimmt haben, aber die Gemeindeversammlung findet erst im Herbst statt oder der GR muss nochmals über das Projekt befinden. Keine Gemeinde hat bis jetzt den errechneten und geforderten Beitrag von Fr. 65.-- pro Einwohner zugesichert. Vorausgesetzt der SR genehmigt den

Projektierungskredit, müssen in der nächsten Zeit die einzelnen Gemeinden und Sponsoren angegangen werden. Das weitere Vorgehen ist geplant. Es werden nochmals alle Gemeinden und Gemeindepräsidenten eingeladen und eine Offerte mit genauen Zahlen für den Bau sowie die Betriebskosten überreicht. Die Region Burgdorf hat die Forderung vom Kanton, bis Ende Jahr mitzuteilen, welche Gemeinden mitmachen und mit welchen Beträgen sowie eine Baubewilligung vorzulegen. Der Kanton wird die alte KEB im Februar 2009 schliessen. Der SR soll mithelfen, weil mit Hochdruck weitergearbeitet werden muss. Der Projektierungskredit muss gesprochen werden, damit wir im Herbst wissen, welche Gemeinden mitmachen. Der SR wird laufend über den Stand der Dinge informiert. Die Mitglieder des SR sollen mithelfen, Werbung zu machen. Es ist eine gute Sache und für die Jugend wertvoll. Der SR wird gebeten, den Projektierungskredit zu genehmigen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Projekt auf dünnes Eis führt. Die SP-Fraktion dankt für die Offenheit betreffend Zahlenmaterial. In dem vorliegenden Bericht geht es nicht nur um den Bau der Eishalle, sondern schlussendlich auch um die Frage, wie sich ein allfälliger Betrieb finanzieren lässt. Die Stadt Burgdorf kann die Last nicht alleine tragen, dies sollte allen klar sein. Bei diesem Projekt geht es um den Zusammenhalt der Region sowie den Willen der Region. Nur in einem regionalen Umfeld ist die Investition tragbar. Andere Gemeinden müssen für den Bau wie auch für den Betrieb verpflichtet werden. Leider hat Ersigen letzte Woche die minimalste Lösung ausgesprochen. Dies kann aber auch unter Umständen an fehlenden Projektunterlagen liegen. Aus diesem Grund befürwortet die SP-Fraktion den Projektierungskredit. Mit diesem wird ein Mittel geschaffen, welche es dem GR erlaubt, weiter zu handeln. Es liegt auf der Hand, dass ein Ja zum Kredit nicht zwangsläufig auch ein Ja zum regionalen Eissportzentrum bedeutet. Ein Ja zum Projektierungskredit bedeutet aber ein starkes Signal für den Willen, gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden ein gutes Projekt zu tragen. Mit diesem Ja ist der GR wie auch die Vereine gefordert, Lobbying zu betreiben, damit im Herbst möglichst viele mithelfen. Nur so hat ein regionales Eissportzentrum eine reelle Chance zur Verwirklichung und dem Eissport soll eine Zukunft gegeben werden.

Stadtrat Probst Andrea, namens der GFL-Fraktion, dankt dem GR, Dr. Haldimann Franz, der Baudirektion und der Finanzdirektion für die guten und transparenten Informationen zuhanden der Parteien. Die GFL-Fraktion will, dass Burgdorf ein neues Eissportzentrum bekommt, deshalb wird dem Projektierungskredit zugestimmt. Mit dieser Zustimmung zeigt die GFL-Fraktion, dass dem GR, der Baudirektion und Finanzdirektion das Vertrauen geschenkt wird. Das Vertrauen ist aber an Erwartungen gebunden. Es wird erwartet, dass die angefangenen Bemühungen betreffend der Finanzierung und Investitionen der Betriebskosten weitergeführt werden. Auf diese Frage muss es zwingend eine akzeptable Antwort geben. Das Thema Einsparungen bei den Investitionen darf nicht auf die Punkte in der Vorlage reduziert werden. Dieses Thema soll permanent überprüft und bearbeitet werden. Das gleiche gilt für die Betriebskosten. Die GFL-Fraktion erachtet diese Aufgabe als eine der wichtigsten. Die Verantwortlichen werden gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und permanent zu bearbeiten. Vielleicht lohnt es sich ja, angesichts der steigenden Energiepreise, eine Mehrinvestition zugunsten der Betriebskosten. Es ist wichtig, gegenüber unkonventionellen Ideen, die Ampel auf grün zu stellen und die Augen nicht zu verschliessen. Die Möglichkeit der Abwärmenutzung soll weiterverfolgt werden. Die GFL-Fraktion erwartet zudem, dass mit dem Projektierungskredit auch die Lösung der Infrastruktur aufgezeigt wird, welche noch nicht ganz klar ist. Der Zugang zur Eissportstätte mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und einen sicheren Fuss- und Radweg sind nötig. Man geht davon aus, dass diese Fragen mit der Vorlage im Herbst gelöst werden. Wenn mit der Vorlage im Herbst die Erwartungen der GFL-Fraktion erfüllt werden, wird dem Kreditantrag für die Realisation der Eissportstätte zugestimmt.

Stadtrat Gübeli Thomas, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, damit Burgdorf die Zentrumsfunktion wahrnehmen kann, braucht es eine gute Infrastruktur und ein ausgewogenes Freizeitangebot. Dazu gehört auch eine angemessene Eissportstätte. Die SVP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit im Sinne des Antrages des GR zu. Nicht zuletzt auch wegen der sehr engagierten Eislaufgruppe, dem Eishockey und dem Curlingclub, welche für viele Jugendliche sehr wichtig sind. Die SVP-Fraktion möchte dennoch wissen, ob die Annahme korrekt ist, dass der Anteil von Fr. 350'000.-- von dem zu bewilligenden Projektierungskredit bei einer allfälligen späteren Realisierung im BKP 6 bereits erhalten ist? Zudem möchte die SVP-Fraktion wissen, ob es korrekt ist, dass in der gegenwärtigen Investitionsrechnung keine Reserven eingeplant sind? Das wäre unüblich und bei der späteren Behandlung des Investitionsvorhabens ohne Erhöhung des Kostendachs zu berücksichtigen. Die SVP-Fraktion hofft, dass das Beispiel der Gemeinden, welche eine ablehnende Haltung einnehmen, nicht Schule macht. Man hofft, dass dort noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die SVP-Fraktion unterstützt den GR bei der Vermarktung des Konzeptes in den umliegenden Gemeinden. Die SVP-Fraktion wird ihren Teil dazu auch beitragen. Es kann nicht sein, dass die ganze Last der Stadt Burgdorf übertragen

wird. Man kann auch persönlich einen kleinen Teil dazu beitragen indem Aktien gezeichnet werden. Zudem muss man bei der Sponsorensuche sehr aktiv sein. Die SVP-Fraktion unterstützt den Projektierungskredit.

Stadträtin Lerch Sabine, namens der FDP-Fraktion, orientiert, wenn der heute vorliegende Projektierungskredit abgelehnt werde, würden die bisherigen Investitionskredite für die Eissportstätte Burgdorf von fast 0.5 Mio. Franken verloren gehen. Und dies ohne, dass wenigstens ein Bewilligungsreifes Projekt vorliegt und ohne, dass der Versuch gemacht worden wäre, die notwendigen Finanzen zu beschaffen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Projektierungskredit. Die FDP-Fraktion hält aber fest, dass diese Zustimmung kein Präjudiz für den Hauptkredit ist. Die Finanzbeschaffungskampagne muss effizient geführt werden und zwar auch wegen dem Honorar des externen Marketingbeauftragten. Das Mitmachen der umliegenden Gemeinden ist jetzt gefragt.

Stadtrat Wenger Peter, namens der EVP-Fraktion und als langjähriges Vorstandsmitglied eines betroffenen Eislaufclubs, informiert, dass man seit 10 Jahren bereits nach Lösungen sucht. Jetzt ist es fünf vor zwölf Uhr, wenn man dem Eislaufsport in Burgdorf und Umgebung noch eine Chance geben will. Rund 1'200 Leute sind in diesen Eissportvereinen tätig und üben ihren Sport auf der heutigen KEB aus. Davon sind es rund 600 Jugendliche, welche als Nachwuchs auf jeder Stufe tätig sind. Wenn der SR den Projektierungskredit nicht genehmigt, nehmen wir den Leuten ab nächstem Jahr die Grundlage weg um ihren Sport auszuüben. Der SR muss deshalb klar Ja sagen zu diesem Projektierungskredit. Nur mit einem klaren Signal des SR können die Gemeinden ins Boot geholt werden und dem Projekt zustimmen und sich auch finanziell beteiligen. Nur mit einem deutlichen Ja haben wir in der Bevölkerung den nötigen Rückhalt, damit die nötigen Aktien gezeichnet werden können und das Geld zusammen gebracht werden kann. Nur so haben wir die Gewähr, dass die 600 Jugendlichen in Zukunft nicht auf der Strasse herumlungern, sondern auch weiterhin einer sinnvollen sportlichen Tätigkeit nachgehen können. Der SR wird gebeten, dem Projektierungskredit deutlich zuzustimmen.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz antwortet auf die Fragen von Stadtrat Gübeli Thomas, dass die Fr. 300'000.-- eingerechnet sind und Reserven gibt es keine, weil das Generalunternehmen zu einem fixen Preis offeriert hat.

Stadtrat Keller Hansjörg teilt mit, dass ihm der Zeitungsartikel von Ersigen sauer aufgestossen ist. Es braucht in Burgdorf diskussionslos für die Region eine neue Eissportstätte. Der SR muss möglichst einstimmig dem Projektierungskredit zustimmen. Es ist allen bekannt, dass die Finanzlage der Stadt Burgdorf mit den anstehenden Investitionen nicht rosig ist. Es ist für die Stadt Burgdorf nicht möglich im Alleingang die Eissportstätte zu bauen und zu betreiben. Es braucht die finanzielle Mithilfe der umliegenden Gemeinden und auch von den interessierten Nutzer. Es ist wichtig, dass die Interessierten auch Aktien zeichnen. Das Verhalten von Ersigen, mit möglichst wenig herauszukommen, ist absolut kontraproduktiv. Verhalten sich noch weitere Gemeinden so, bleibt am Schluss zu wenig Geld. Damit tragen die Gemeinden, welche nicht mitmachen, eine grosse Mitverantwortung, wenn die Eissportstätte letztendlich aus finanziellen Gründen nicht gebaut werden kann.

Beschlussanträge:

1. Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Standbericht zur Planung des regionalen Eissportzentrums „Emme“ zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat genehmigt den Projektierungskredit für die Ausarbeitung des Auflageprojekts des regionalen Eissportzentrums „Emme“ und die Mittelbeschaffung einen Kredit von Fr. 450'000.00.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat zu Lasten des Investitionskredits „Eissportstätte Burgdorf“, Rubrik 5200.503.01, Kostenstelle 11.5200.01 bereits Kredite in Höhe von Fr. 495'000 bewilligt hat.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

7. Nachkredite zum Jahresabschluss 2007 gemäss Art. 11 NPM-Reglement

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass der SR sich vor dem Geschäftsbericht mit den Nachkrediten gemäss Artikel 11 des NPM-Reglements befassen muss. Gemäss Artikel 11 des NPM-Reglements fallen in die Kompetenz des SR Saldoüberschreitungen von mehr als Fr. 100'000.-- pro Produktgruppe. Solche Saldoüberschreitungen finden sich im Geschäftsbericht in den Produktgruppen 22, 30, 51 und 62. Die Saldoüberschreitungen sind klar erklärt und begründet. Im Rahmen der GPK-Sitzung vom 5. Juni 2008 wurden die offenen Fragen beantwortet und erklärt. Die Nachkredite sind sauber ausgewiesen. Zu den Details wird sich allenfalls noch Gemeinderat Urech Peter äussern. Die GPK beantragt dem SR einstimmig die Anträge zu genehmigen.

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Wyss Christoph möchte wissen, was die nicht budgetierten Personalaufwendungen in Folge von Krankheit bedeuten, da er davon ausgeht, dass die Stadt Burgdorf über eine Taggeldversicherung verfügt, damit keine Mehrkosten entstehen.

Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass keine Taggeldversicherung vorhanden ist, sondern diese Kosten vollumfänglich zulasten der Stadt gehen.

Beschlussanträge

1. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen PG 22, PG 30, PG 51 und PG 62 werden genehmigt.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

8. Geschäftsbericht 2007; Beratung und Genehmigung

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass der SR heute zum zweiten Mal den Geschäftsbericht nach NPM behandelt. Noch bis vor zwei Jahren wurde im Juni an der Stadtratssitzung zuerst der Verwaltungsbericht und dann die Rechnung separat behandelt. Im Rahmen der NPM-Einführung kam auch noch die Ergebnisprüfung dazu. Nun liegt also der zweite Geschäftsbericht nach NPM, die Verschmelzung von Verwaltungsbericht und Jahresrechnung, vor. Stadtrat Keller Hansjörg wird in seinem Votum den Geschäftsbericht 2007 auf den drei Schwerpunkten Verwaltungsbericht, Ergebnisprüfung und Jahresrechnung abhandeln. Die GPK führte am 22. Mai 2008 in einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisprüfung durch. Am 5. Juni 2008 behandelte die GPK im Rahmen der ordentlichen GPK-Sitzung den gesamten Geschäftsbericht und verabschiedete den Bericht zur Ergebnisprüfung. Wenn in der Einleitung zum jetzigen Geschäftsbericht noch immer der Begriff Prototyp auftaucht, dann scheint dies eine Untertreibung zu sein. Im zweiten Geschäftsbericht sind die vielen Anregungen von verschiedenster Seite berücksichtigt worden. Damit ist bereits jetzt schon ein gut strukturiertes, übersichtliches und gut dargestelltes Produkt entstanden. Es hat Freude gemacht den Geschäftsbericht zu studieren. Die Kommentare der einzelnen Direktionen innerhalb ihrer Produktgruppen sowie im Anhang sind bereits deutlich homogener geworden. Es hat sich, wie letztes Jahr gewünscht, bereits ein gewisser Standart eingestellt, der in den nächsten Jahren in Feinarbeit noch verbessert werden kann. Prägnante Kommentare sind zum besseren Verständnis des Berichtes absolut notwendig. Die redaktionelle Grundstruktur des Geschäftsberichtes macht Freude, ebenso der Inhalt. Mit diesem Geschäftsbericht erhält der Leser die Information, was im Jahr 2007 in Burgdorf alles geschehen ist. In diesem Sinne dankt die GPK der Verwaltung und allen Angestellten der Stadt für die geleistete Arbeit. Wie bereits erwähnt, erfolgte am 22. Mai 2008 in einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisprüfung. Diese ist mit NPM neu entstanden und eine zusätzliche Aufgabe der GPK geworden. Die GPK überprüft im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum zu prüfen, ob die richtigen Daten richtig erfasst, Soll und Ist verglichen sowie die Ergebnisse zusammengestellt und interpretiert worden sind. Die Erkenntnisse der GPK werden in einem Bericht zusammengefasst. Die GPK hat drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen unter Beizug von Auskunftspersonen der entsprechenden Direktion der Stadtverwaltung überprüft. Um einen guten Querschnitt zu erzielen hat die GPK von jeder Direktion,

ausser der Baudirektion, eine Produktgruppe ausgewählt und überprüft. Die Baudirektion wurde verschont, weil geplant ist, die Baudirektion bei der diesjährigen Verwaltungskontrolle im August zu besuchen. Die Ergebnisse wurden protokollarisch festgehalten. Am Nachmittag wurde der Gesamtkommission mündlich Bericht erstattet. Die GPK hat darauf die Ergebnisse beraten, gewürdigt und Empfehlungen ausgearbeitet. Das geprüfte Geschäftsjahr 2007 ist die zweite Periode unter vollständigem NPM der Stadtverwaltung. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass die Direktionen gemessen an der doch recht kurzen Zeit seit der Einführung gut mit NPM zurecht kommen. Zwischen den Direktionen sind allerdings noch deutliche Unterschiede in der Handhabung der NPM-Instrumente zu verzeichnen. Die Stadtverwaltung verfügt über ein einheitliches Controlling-Konzept. Die Vorgaben hinsichtlich Controlling und Indikatorenbewirtschaftung werden bis auf wenige Ausnahmen eingehalten. Im Laufe der letzten zwei Jahre hat sich gezeigt, dass einzelne Wirkungs- und Leistungsziele sowie die dazugehörigen Indikatoren für eine zielorientierte Steuerung ungeeignet sind. Für das Budget 2009 müssen diese Ziele und oder Indikatoren angepasst werden. Einzelne Anpassungen sind bereits erfolgt, allerdings teilweise entgegen den Vorgaben des beschlossenen Budgets. Damit ist es unbedingt erforderlich, dass Anpassungen von Zielen und Indikatoren künftig in einem klar vorgegebenen Verfahren erfolgt und dem SR in geeigneter Weise kommuniziert wird. Aus der Ergebnisprüfung sind vier Empfehlungen für die gesamte Stadtverwaltung und vier weitere Empfehlungen für die Produktgruppen 30, 41 und 61 entstanden. Diese sind im Bericht aufgelistet. Die Mitglieder des SR können den Bericht bei den nächsten Grundlageakten einsehen. Die GPK bestätigt, dass der Geschäftsbericht, also die Berichterstattung des GR unter Vorbehalt der oben erwähnten und im Bericht zusätzlich aufgeführten Punkte aussagekräftig und richtig ist. Von Seite der Ergebnisprüfung beantragt die GPK, den Geschäftsbericht des GR zu genehmigen. Alle diejenigen, die auf das Wunder von Burgdorf gewartet und gehofft haben, das wäre das 10-jährige Jubiläum eines positiven Rechnungsabschlusses gewesen, dass sich ein weiteres Mal ein defizitärer Voranschlag zu einem positiven Abschluss wendet, die sind jetzt endgültig auf dem Boden der Realität zurück. Die Rechnung 2007 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 760'000.--, aber doch um 1.63 Mio. Franken besser als budgetiert. Dafür konnte der erwartete Finanzierungsfehlbetrag von gut 4 Mio. Franken aufgefangen werden. Eine Neuverschuldung konnte verhindert werden. Gleichzeitig konnten die Schulden ein weiteres Mal um Fr. 500'000.-- auf den neuen Bestand von 51.5 Mio. Franken reduziert werden. Weitere wesentliche Zahlen und Erklärungen finden sich im Geschäftsbericht auf den Seiten 33 bis 35. Sehr erfreulich ist in der laufenden Rechnung nach Artengliederung die recht grosse Übereinstimmung zwischen Budget und Rechnung. Auf weiteres wird sicher noch der Vertreter des GR eingehen. Die GPK möchte sich zuerst bei den Auskunftspersonen Schenk Roman und Hofer Peter bedanken, welche geduldig, ausführlich und sehr kompetent alle kritischen Fragen der GPK beantwortet haben. Im weiteren möchte sich die GPK für die umsichtige Führung und die übersichtliche Rechnung bei allen in der Finanzdirektion und bei allen Beteiligten, welche zum guten Ergebnis beigetragen haben, bedanken. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR und damit den Geschäftsbericht 2007 zu genehmigen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass der Abschluss 2007 trotz Aufwandüberschuss von Fr. 760'000.-- erfreulich ausgefallen ist. Nach 10 positiven Jahren mit defensiver Investitionspolitik, zum Abbau der hohen Schuldenlast zu sehr hohen Zinsen, folgen nun die Investitionsstarken, das heisst die Jahre der Aufwandüberschüsse. Das Ergebnis gegenüber dem Budget 2007 ist um 1.6 Mio. Franken besser, was bei einem Umsatz von 80 Mio. Franken 2% entspricht. Bei Abzug von 1 Mio. Franken für die Entschädigung der Kantonalisierung des Spitals beträgt die Differenz Fr. 600'000.-- zum Budget, was nicht einmal 1% entspricht. Erfreulich sind die Kosteneinsparungen in sämtlichen Direktionen. Negativ ist die Entwicklung der Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Im Budget wurde mit Mehreinnahmen von 1.8% gerechnet, effektiv waren es aber nur 0.4% bei einer Zunahme der Bevölkerung von 1.4%. Der budgetierte Finanzierungsfehlbetrag, das heisst die Differenz zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen, über 4 Mio. Franken fiel um über 6 Mio. Franken besser aus. Dies aber nur Dank der Rückzahlung von terminierten Darlehen in der Höhe von 4.5 Mio. Franken, die per 2007 zurückgeflossen sind. Auf eine Neuverschuldung konnte verzichtet werden, im Gegenteil, es wurden weitere Fr. 500'000.-- der langfristigen Schulden zurückbezahlt. Die Schulden aus dem Jahre 1997 von 75 Mio. Franken wurden per 31. Dezember 2007 reduziert auf heute 51.5 Mio. Franken. Die durch die Stadt beeinflussbaren Kosten hat die Stadt Burgdorf im Griff, das heisst Personalkosten, Sachkosten, Zinsen, Abschreibungen und eigene Beiträge, welche zirka 66% der Gesamtkosten der Stadt ausmachen, schlossen gemäss Budget ab. Kostenüberschreitungen mussten nur im Bereich der Sozialleistungen von gegen 1 Mio. Franken hingenommen werden, da diese aber Lastenausgleichsberechtigt sind, fallen der Stadt Burgdorf nur geringe Mehrkosten an. Die gesamten Steuereinnahmen bringen 45% der gesamten Einnahmen der Stadt Burgdorf. Der Wachstum der natürlichen Personen entspricht nicht dem Budget und dem Wachstum der Bevölkerung. 30% der Bevölkerung bewegt sich im steuerbaren Einkommen von Fr. 0 bis 15'000.-- und bringt lediglich 2% der

Steuereinnahmen. 50% der Steuerpflichtigen bringen zirka 10% der gesamten Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Trotz guter Wirtschaftslage ist ein Rückgang bei den juristischen Personen um 11% zu verzeichnen. Im Budget ist man von einem Wachstum gegen 30% ausgegangen. Bei den Steuern inkl. Teilauflösung einer durch die Umstellung auf die jährliche Veranlagung nicht mehr sinnvolle Restrückstellung von Fr. 450'000.-- analog Budget wird per 2009 fehlen. Die Schuldenentwicklung verläuft planmässig und konnte in den vergangenen 10 Jahren von 75 auf 52 Mio. Franken reduziert werden. Dieser Abbau entspricht der Finanzstrategie um Raum zu schaffen für Neuverschuldungen in den Investitionsstarken Jahren 2008 bis 2012 sowie dem vorherigen teuren Schuldenabbau. Aus den Ertragsüberschüssen der letzten 10 Jahren konnte ein Eigenkapital von über 11 Mio. Franken geäuft werden. Dieses Eigenkapital wird gemäss Finanzplan dazu verwendet, um die in den kommenden Jahren folgenden Defizite, das heisst Aufwandüberschüsse, zu finanzieren. Eine erste Beanspruchung des Eigenkapitals erfolgte per 2007 mit Fr. 760'000.--. Das Eigenkapital beträgt neu 10.4 Mio. Franken respektive 5 Steuerzehntel. Die kommenden, grossen Investitionsvorhaben müssen über Neuverschuldungen finanziert werden müssen, was zusammen mit den erforderlichen Abschreibungen zu entsprechenden Aufwandüberschüssen führen wird. Gemäss Finanzplan wird die Stadt Burgdorf in den folgenden Jahren mit Aufwandüberschüssen von jährlich zirka 3 bis 4 Mio. Franken rechnen müssen. Die ausgewiesenen Nettoinvestitionen von 1.4 Mio. Franken sind nur buchhalterisch richtig. Da über 4.6 Mio. Franken Darlehen zurückbezahlt wurden von der Localnet AG und dem SAZ, welche auch über die Investitionsrechnung verbucht werden müssen. Ohne Berücksichtigung dieser Rückzahlungen belaufen sich die effektiven Nettoinvestitionen im Jahr 2007 auf über 6 Mio. Franken. Im Voranschlag 2007 wurden mit Nettoinvestitionen von 7.2 Mio. Franken gerechnet. Dies entspricht einer Ausschöpfung von 83% der geplanten Investitionsvorhaben. Grosse Investitionsvorhaben wie das Lindenfeldschulhaus wurden realisiert. Weitere, wie die Erweiterung Pestalozzi-schulhaus oder die geplante Eissportstätte werden folgen. Die daraus resultierenden Neuverschuldungen und vorgeschriebenen Abschreibungen werden die kommenden Rechnungen überproportional belasten. Die geplante Schulhaus Burgdorf AG, also die Auslagerung der beiden neuen Schulanlagen Lindenfeld und Pestalozzi, wird zu dringend notwendigen Entlastungen führen, die aber nicht ausreichen werden, um die prognostizierten Defizite zu verhindern. Gemäss Finanzplänen geht man in den kommenden Jahren von Defiziten in der Grössenordnung von jährlich zirka 3 Mio. Franken aus. Das dafür gebildete Eigenkapital wird entsprechend schnell aufgebraucht sein. Ziel wird es sein, kein Bilanzfehlbetrag zu erwirtschaften, das heisst nur soviel Aufwandüberschüsse zu generieren bis die 10 Mio. Franken aufgebraucht sind. Es wird einige Anstrengungen brauchen, um dieses Ziel zu realisieren, zumal die Auswirkungen der Steuergesetzrevision und die geplanten Anpassungen im Zusammenhang mit dem Projekt FILAG 2012 noch nicht bezifferbar sind. Eine Hochrechnung für das Jahr 2008 ist zum heutigen Zeitpunkt sehr schwierig. Grosse Budgetabweichungen auf der Aufwand- und Ertragsseite gleichen sich per Heute ungefähr aus. Über die Steuerentwicklung wird man erst im Laufe des Herbstes über aussagekräftige Daten verfügen.

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm orientiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgen die allgemeinen Bemerkungen und Informationen und danach die Kapitelweise Besprechung.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der zweite Geschäftsbericht nach NPM diskutiert wurde. An dieser Stelle wird der Verwaltung für die geleistete Arbeit gedankt. Das Zusammenführung des ehemaligen Verwaltungsberichtes und der Jahresrechnung zum Geschäftsbericht wird als Kulturwandel gelebt. Es ist Tatsache, dass beim Geschäftsbericht die von Beginn von NPM gemachten Schätzungen in einzelnen Produkten und Produktgruppen noch deutlich neben dem effektiven Wert liegen. Im weiteren wurde festgestellt, dass bei einigen Produkten und Produktgruppen die Wirkungs- und Leistungszielen oder Indikatoren nicht erfüllbar oder keinen Sinn machen. Die Anpassungen wurden bereits gemacht oder werden noch gemacht. Nur durch eine aktive Bewirtschaftung der Ziele und Indikatoren erhält der SR ein realistisches Abbild der Verwaltung. Für die zukünftigen Geschäftsberichte wünscht sich die SP-Fraktion noch eine definiertere Form der Kommentare. Im vorliegenden Bericht sind diese bei einigen Produktgruppen sehr ausführlich und bei anderen fehlen Kommentare bei grossen Abweichungen. Es müsste ein Modell gefunden werden, wie die Kommentare ein bisschen vereinheitlicht werden können. Weiter wäre wünschenswert, wenn in der Fusszeile nebst den Seitenzahlen auch die Direktionen aufgeführt werden können. Diese Massnahmen lassen sich relativ leicht umsetzen und würden zu einem noch besser lesbaren Geschäftsbericht führen. Betreffend dem Jahresergebnis wurde bereits viel von Gemeinderat Urech Peter gesagt. Die Stadt Burgdorf ist mit einem blauen Auge davon gekommen. Das Ergebnis hätte anders ausgesehen, wenn die Stadt Burgdorf die 1 Mio. Franken von der Auflösung des Spitalverbandes nicht erhalten hätte. Bei den Investitionen ist eine Neuverschuldung dank der Darlehensrückzahlungen von der Localnet AG und dem SAZ vermieden worden. Dies schafft der Stadt Burgdorf für die zukünftigen Finanzpläne kurzfristig etwas Luft, aber nicht genug. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen des GR zu.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man sich mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt hat. Etliche Sachen wurden bereits erzählt. Der Geschäftsbericht ist sehr umfassend, informativ und aussagekräftig. Der Geschäftsbericht wurde im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Die Kommentare sind besser strukturiert und ausgewogener zwischen den einzelnen Direktionen. Die Verwaltung hat die letztjährigen Bemerkungen zur Kenntnis genommen und auch versucht umzusetzen. Über die Länge der einzelnen Kommentare kann man sich immer streiten. Der Präsident der GPK hat es bereits erwähnt. Vor zwei Jahren wurde über den Verwaltungsbericht immer ein bisschen geschmunzelt und die Rechnung separat behandelt. Damals hatte man keinen guten Einblick in die Verwaltung wie jetzt mit dem Geschäftsbericht. Zur Rechnung wurde ebenfalls bereits viel gesagt. Die FDP-Fraktion hat festgestellt, dass jetzt tatsächlich ein Aufwandüberschuss erwirtschaftet wurde. Budgetiert war dieser bereits seit längerem. Die FDP-Fraktion sorgt sich mit den anstehenden Investitionen um die Entwicklung des Finanzplanes. Ohne ausserordentliche Massnahmen wird es nicht möglich sein, die geplanten Investitionen zu finanzieren. Mit ausserordentlichen Massnahmen denkt die FDP-Fraktion nicht an eine Steuererhöhung. Es macht keinen Sinn an dieser Stelle über einzelne Zahlen zu debattieren. Die FDP-Fraktion genehmigt einstimmig den Geschäftsbericht.

Stadtrat Friedli Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich eingehend mit dem Geschäftsbericht 2007 auseinandergesetzt hat und schliesst sich den Anträgen des GR an. Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten der Stadtverwaltung für den umfangreichen und informativen Geschäftsbericht. Die SVP-Fraktion hat nicht mit Freude, jedoch mit Erleichterung, zur Kenntnis genommen, dass der Aufwandüberschuss an Stelle der budgetierten 3.7 Mio. Franken lediglich Fr. 760'000.-- beträgt. In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass die Verminderung des Überschusses nicht aus eigenen Anstrengungen der Stadt Burgdorf zurückzuführen ist, sondern auf ausserordentliche Einflüsse. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Rückzahlungen von Darlehen der Localnet AG sowie um einmalige Infrastrukturbeiträge der Kantonalisierung des Kantonsspitals. Es ist nur ein schwacher Trost, dass die Schulden um 0.5 Mio. Franken verringert wurden. Man muss sich vor Augen halten, wie die Finanzplanjahre 2008 bis 2010 eine laufende Verschlechterung der jährlichen Deckungsbeiträgen zeigen. Bei erhöhtem Kapitalbedarf werden die langfristigen Fremdkapitalzinsen entsprechend ansteigen. Die SVP-Fraktion weist ein weiteres Mal auf die Unterhaltsdefizite bei städtischen Immobilien hin. Der bauliche Unterhalt liegt im vergangenen Jahr wiederum wesentlich unter den Empfehlungen der ETH Zürich. Wie die Finanzdirektion allgemein darauf hinweist, befürchtet auch die SVP-Fraktion längerfristig einen kaum mehr finanzierbaren Nachholbedarf, sofern nicht unverzüglich Gegensteuer gegeben wird. Ohnehin erscheint es merkwürdig, wenn die Liegenschaften einerseits im Finanzvermögen mit einer Nettorendite von 6,6% ansehnlich und gegenüber dem Budgetsollwert von 1,6% besser abschliessen. Andererseits kommt dieser Betrag offensichtlich nicht dem gleichen Produkt zugute. Die SVP-Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht 2007. Die SVP-Fraktion wird jedoch zu den einzelnen Direktionen in der nachfolgenden Debatte Einfluss nehmen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man sich eingehend mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt hat. Der Verwaltung wird für die grosse Arbeit gedankt. Der Geschäftsbericht liegt nun in der zweiten NPM-Form vor. Es handelt sich um eine Weiterentwicklung des Geschäftsberichtes. Der Aufbau hat sich verbessert und somit ist besser nachvollziehbar, wie sich die einzelnen Geschäfte und Direktionen entwickeln. Zur Attraktivität muss festgehalten werden, dass die Bilder eine schlechte Qualität aufweisen. Bei den einzelnen Kommentaren könnte man die Verfasser und Verfasserin ergänzen. Einige Kommentare sind wie ein Vereinsjahresbericht verfasst. Dies soll nicht negativ ausgelegt werden, aber der allgemeine gleiche Faden der Kommentare fehlt. Die GFL-Fraktion freut sich zwar über das weniger schlechte Resultat als budgetiert. Man muss aber festhalten, dass die ausserordentliche Buchgewinne und Erträge einmal vorbei sind. Der Finanzdirektion, im speziellen Herrn Hofer Peter, wird für die klaren, übersichtlichen und aufschlussreichen Darstellungen gedankt. Die Entwicklung wird sehr genau aufgezeigt. Der GFL-Fraktion bereiten die Steuern Sorgen. Bei den juristischen Personen wird seit 2005 immer höher budgetiert, doch die Realität zeigt genau das Gegenteil. Der Einbruch beträgt 11% und das darf nicht sein. Wie bereits die FDP-Fraktion erwähnt hat, stehen für die GFL-Fraktion Steuersenkungsgelüste nicht im Raum. Die GFL-Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht.

DETAILBERATUNG

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Produktgruppe 10 bis 13

Stadtrat Rappa Francesco, namens der SVP-Fraktion, hat Anmerkungen zu den Produktgruppen 10 und 20, beginnend ab Seite 78. Im Detailbericht hat die SVP-Fraktion das Gefühl, dass die Volumenangaben zu überprüfen und nachzuführen sind. Bei der Produktgruppe 11 müssen die Leistungsziele überprüft und nachgeführt werden. Trotz dem ausführlichen Bericht zweifelt die SVP-Fraktion an den Grundleistungen des Stadtmarketings. Bei der Produktgruppe 13 müssen ebenfalls die Volumenangaben, Leistungs- und Wirkungsziele überprüft werden. Der Kommentar zu dieser Produktgruppe ist eher dürrig ausgefallen. Immerhin handelt es sich um eine der grössten bzw. wichtigsten Produktgruppen. Bei der Produkte-Dokumentation ist aufgefallen, dass die Termine der letzten Aktualisierung korrigiert werden müssen.

Beschlussanträge

1. Von den bewilligten Nachkrediten wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen PG 22, PG 30, PG 51 und PG 62 werden genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2007, die mit einem Aufwandüberschuss von 759'968.10 Franken abschliesst, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

9. Ernennung einer Revisionsstelle für 2 Jahre

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat ernennt die Firma Peter Kofmel Treuhand in Kirchberg zur Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Gemeinderechnung der Jahre 2008 und 2009.
2. Der Stadtrat stimmt im Grundsatz einer Anpassung der GO, Artikel 39 und 59 zu, dass die Ausschreibung einer Revisionsgesellschaft nur alle 4 Jahre vorgenommen wird. Die Änderung soll im Rahmen der nächsten Teilrevision der GO vorgenommen werden.
3. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Beschlussanträge.

10. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Stadträtin Bachmann Véronique, namens der GPK, teilt mit, dass die Anträge des GR unterstützt werden, ausser beim Vorstoss Nr. 12. Bei diesem Vorstoss beantragt die GPK einstimmig die Aufrechterhaltung des Postulates bis der Bericht des GR vorliegt.

Der GR verzichtet auf eine Stellungnahme.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, informiert, dass eine Vorlage mit noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen mit den entsprechenden Anträgen vorliegt. Die SP-Fraktion wünscht, dass in Zukunft Vorstösse zu dem Zeitpunkt abgeschrieben werden, wenn diese auch sachlich effektiv erledigt sind. Dies betrifft vor allem die Motion betreffend soziale Integration durch Vereine, welche eigentlich mit der Genehmigung des Reglements im SR hätte abgeschrieben werden können.

Vorstoss 1

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 2

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 3

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 4

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 5

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 6

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Vorstoss 7

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 8

Stadtrat Eberhard Werner, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Postulat aufrecht erhalten bleiben soll, weil dieses Thema in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft immer wieder beschäftigt hat bzw. beschäftigen wird.

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Ja und 16 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 9

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 10

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Auftrages.

Vorstoss 11

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 12

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass das Postulat überwiesen wurde und der SR vom GR eine Stellungnahme erhalten hat. Die Stellungnahme hat damals nicht befriedigt. Die Stellungnahme beinhaltet ein Interpretationsspielraum, weil im Artikel Verbot für Kinder und Jugendliche herum geritten wird und es angeblich kein Instrument sein soll. Die GFL-Fraktion hat jedoch eine andere Haltung. Nachdem der GR sowieso erklärt, dass ein Bericht abgeliefert wird, macht es nichts das Postulat aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Bär Walter teilt mit, wenn das Postulat schon falsch formuliert ist, sollte dieses besser abgeschrieben werden und ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, entgegnet, dass das Postulat nicht falsch formuliert ist.

Der Stadtrat beschliesst grossmehrheitlich die Aufrechterhaltung des Postulats.

Vorstoss 13

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 14

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 15

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 16

Stadtrat Grimm Christoph teilt mit, dass er im letzten Jahr eine Motion eingereicht hat und seither an der Zähringerstrasse nichts mehr gemacht wurde. Es wurden zwar ein paar Messungen durchgeführt, Bussen verteilt und die Haifischzähne neu gemalt, aber umgesetzt wurde gar nichts. Ein Teilfahrverbot wird geprüft. Die Anwohner haben dieses Anliegen vorgebracht. Die Motion soll nicht abgeschrieben werden, weil diese nicht umgesetzt ist.

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Ja und 16 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 17

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 18

Stadträtin Rutschmann Gabriela, namens der SP-Fraktion, informiert, dass der Abschreibung nur zugestimmt wird, wenn der folgende Auftrag im Traktandum 12 überwiesen wird.

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm bemerkt, dass dies formell heissen würde, dass Stadträtin Rutschmann Gabriela beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten und wenn der Auftrag im Traktandum 12 überwiesen wird, das Postulat abgeschrieben werden kann. Dieses Vorgehen ist formell möglich.

Stadtrat Keller Hansjörg teilt mit, dass es keinen Sinn macht, weil wenn der Auftrag abgelehnt würde, das Postulat hinfällig wäre. Das Postulat steht oder fällt mit dem Entscheid des Auftrages.

Der Stadtrat beschliesst mit 18 Ja und 16 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung des Postulats.

11. Auftrag SP Fraktion betreffend „Reorganisation des Gemeinderates“

Der Auftrag wurde zurückgezogen.

12. Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm orientiert über das weitere Vorgehen. Da die Traktanden 12 und 13 inhaltlich das gleiche Thema betreffen, soll die Diskussion gemeinsam geführt werden und einzig die Abstimmungen je separat.

Seitens der GPK und des GR werden zu den Traktanden 12 und 13 keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Rutschmann Gabriela, namens der SP-Fraktion, informiert, dass am 17. Dezember 2007 das Postulat betreffend Schaffung niederschwelliger Ausbildungen und Arbeitsplätze einstimmig überwiesen wurde. Warum wurde ein Auftrag mit dem gleichen Anliegen eingereicht? Das Anliegen ist wichtig und soll in einer mehrheitsfähigen Form verbindliche Handlungen und Abklärungen bei der Stadt Burgdorf auslösen. Wie der Bericht des GR zum ersten Auftrag aufzeigt, wird bereits viel gemacht und sobald Attestausbildungen in handwerklichen Berufen möglich sind, werden diese wenn möglich auch angeboten. Die SP-Fraktion ist erfreut über die Bereitschaft und das Engagement. Es wäre sicherlich mehr möglich. Letztendlich muss aber die Anzahl der niederschweligen Arbeitsplätze für die Stadt Burgdorf tragbar sein. Damit sich solche Arbeitsplätze auch etablieren können, braucht es einen längerfristigen Prozess. Die SP-Fraktion wäre bereit, den Auftrag zurückzuziehen, wenn der GR eine Zusage machen kann, dass künftig im Geschäftsbericht die Lehrstellen, Attestausbildungen und Praktikumsplätze aufgezeigt werden.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass diese Zusage gemacht werden kann.

Der Auftrag wird zurückgezogen.

13. Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Konzept Anreiz zur Schaffung niederschwelliger Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Stadträtin Rutschmann Gabriela, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass dieser Auftrag die ansässige Wirtschaft ermuntern soll, ebenfalls niederschwellige Arbeits- und Ausbildungsplätze anzubieten, weil die Stadt Burgdorf den Bedarf alleine nicht decken kann. Der Auftrag schreibt das Volumen des Konzeptes bewusst nicht vor. Der Auftrag verlangt auch nicht eine neue Anlaufstelle oder eine neue städtische Arbeitsstelle. Die vorgesehene Möglichkeit des Auftrages, dass die Betriebe und Jugendliche begleitet werden können, kann möglicherweise auch von einer bereits bestehenden Institution übernommen werden. Der Vorschlag der SP-Fraktion wäre zu vergleichen mit dem Projekt Inizio der Stadt Bern, welche die Integration von Jugendlichen in die Arbeits- und Berufswelt fördert. Die Stadt Burgdorf soll diese Massnahmen in einem angemessenen finanziellen und personellen Aufwand durchführen und die Ergebnisse in einem Konzept darlegen. Am Schluss im Bericht des GR wird richtig bemerkt, dass ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Akteure und Akteurinnen notwendig ist und die Problematik auf Stufe der Gemeinde nicht gelöst werden kann. Die Stadt Burgdorf kann aber in der Koordination eine wichtige Funktion übernehmen. Die im Antrag des GR vorgesehenen Informationen und Links auf der Homepage sind ein guter Anfang. Vielleicht enthält das Konzept am Schluss nur die Idee und Informationen auf der Homepage. Im Bund vom 6. November 2007 war zu lesen, dass in der Stadt Bern die Wirtschaft und Verwaltung zusammen arbeiten und können bereits Erfolge vorweisen. Seit März 2006 sind 74 neue Lehrstellen geschaffen worden. Das Projekt Inizio, welches von Bund und Kanton getragen und von der Stadt unterstützt wird, wird weiter vorangetrieben. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Stadt Burgdorf mehr machen kann. Die nötigen Investitionen werden für die Zukunft gemacht und sind effizienter als Drogen- und Gewaltprävention. Die SP-Fraktion bittet den SR, den Auftrag zu überweisen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, wenn noch ein Konzept erarbeitet wird, wird ein weiterer Wagen an den Zug angehängt. Es gibt bereits Institutionen wie RAV, BBT, MBA und weitere Möglichkeiten. Letzten Mittwoch hat unter der Führung des BIZ eine Diskussion mit dem Gewerbe, der Industrie und der Schulen stattgefunden. Es hat ein interessanter Austausch stattgefunden. Genau auf solchen Plattformen muss das Thema behandelt werden. Es muss nicht ein neues Konzept erarbeitet werden, das kostet nur Geld. Der Austausch ist wichtig. Welche Anreize können dem Gewerbe und der Industrie geboten werden? Es ist ein Anliegen, dass die Jugendlichen unterstützt werden, aber es wird bereits viel gemacht. Die Stadt Burgdorf hilft. Gemeinderätin Zäch Elisabeth war bei der erwähnten Diskussion ebenfalls anwesend. Sie hat sich bei einer Arbeitsgruppe eingesetzt und ihr Wissen eingebracht. An den Berufsschulen sind nicht nur Jugendliche von Burgdorf, sondern auch sehr viele aus der Region. Bereits viele Betriebe aus dem Gewerbe und der Industrie sprechen bereits miteinander und wissen um diesen Nutzen. Sie investieren in die Zukunft. Die Berufsbildung ist Aufgabe des Kantons und des Bundes. Das Anliegen muss regional gelöst werden. Die GFL-Fraktion bittet den SR, den Auftrag abzulehnen.

Stadtrat Bär Walter, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass das Ansinnen sehr schön und notwendig ist und auch bereits erkannt wurde. In diesem Zusammenhang erinnert Stadtrat Bär Walter an das Projekt Speranza 2000. Die Trägerschaft hat der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Gewerbeverband und die Schweizerische Konferenz der Berufsbildungsämter sowie der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz. Bei diesem Projekt werden solche Attestausbildungen propagiert, aber auch für Jugendliche Ausbildungsplätze geschaffen, welche nicht in der Lage sind eine Attestausbildung durchzuführen. Nationalrat Ineichen Otto hat sich damit ein Denkmal gesetzt. Dem Projekt ist es gelungen in den letzten zwei Jahren jeweils über 1'800 solcher Arbeitsplätze in der Schweiz anzubieten. Solche Projekte sollten unterstützt und nicht ein eigener Zug gefahren werden. Der SR wird gebeten, den Auftrag abzulehnen.

Der Stadtrat lehnt den Auftrag mit 11 Ja und 24 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

14. Postulat der FDP-JF-Fraktion betreffend Überprüfung der Einführung einer städtischen „Schuldenbremse“

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-JF-Fraktion, orientiert, dass der Auslöser für dieses Postulat die Sorge um die städtischen Finanzen ist. Man ist der Meinung, dass alle Möglichkeiten abgewogen und ausprobiert werden müssen, damit die anstehenden Investitionen ohne eine Neuverschuldung finanziert werden können. Deshalb wollte man nach der Abstimmung vom 24. Februar 2008 die Idee

einer Schuldenbremse abklären lassen, ob es auf Gemeindeebene Sinn macht. Diese Abklärungen hat der GR gemacht und eine ausführliche Stellungnahme schriftlich abgegeben. Dafür wird dem GR gedankt. Die FDP-JF-Fraktion ist von der Antwort befriedigt und es zeigt, dass Burgdorf mit ihrer GO ein gutes Instrument hat, damit nie ein Bilanzfehlbetrag erwirtschaftet wird. Falls doch, sind die Auflagen derart hart, dass man mit diesen Regeln auch wieder aus dem Schuldenloch kommen sollte. Die FDP-JF-Fraktion ist mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats einverstanden.

Stadträtin Heimgartner Gaby, namens der SVP-Fraktion, schliesst sich den Aussagen des Vorredners an. Es handelt sich beim Artikel 54 der GO um einen guten Artikel und schränkt den gesetzlichen Rahmen mehr ein als der Kanton. Die SVP-Fraktion schliesst sich der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats an.

Der Stadtrat überweist einstimmig das Postulat an den Gemeinderat und schreibt das Postulat gleichzeitig ab.

15. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Postulat FDP-JF-Fraktion betreffend Begabtenförderung
- Interpellation Christine Jost (JF) betreffend Randständige in der Innenstadt
- Interpellation Christoph Grimm (GFL) betreffend Energiestadt Burgdorf – wie geht es weiter?

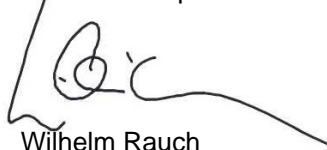
Stadtrat Ingold Rolf orientiert über das abgegebene Couvert. Am 11. September 2008 findet in Burgdorf rund um das Kornhausquartier ein Sponsorenlauf zugunsten von UNICEF statt. Die Nationalversicherung ist Ausrichter und Organisator dieses Anlasses. Die schöne Sommerzeit soll zum Training genutzt werden und die Sportkommission hofft auf eine rege Teilnahme.

Stadratspräsident Rauch Wilhelm teilt mit, dass für den Schlummertrunk im Stadthaus reserviert ist. Am 25. August 2008 findet die nächste Informationssitzung des SR und am 15. September 2008 die ordentliche Stadtratssitzung statt.

Schluss der Sitzung: 21.05 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadratspräsident



Wilhelm Rauch

Für das Protokoll



Brigitte Henzi

Burgdorf, 10. Juli 2008 / hbr